

Sparen oder konsumieren?

Klein- und Mittelverdiener müssen 1996 weniger Steuern zahlen

Im Erhöhen von Steuern hat Finanzminister Theo Waigel reichlich Erfahrung. Der CSU-Mann hob die Mehrwertsteuer, die Vermögensteuer, die Tabaksteuer und die Versicherungsteuer an, knöpfte den Bürgern zweimal einen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ab.

1996 wird alles ganz anders: Dann sollen Leute mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

15,5 Milliarden Mark bringt die Steuerbefreiung des Existenzminimums, die das Verfassungsgericht erzwang. Ein wenig verdienendes Ehepaar kann mit einer Steuerersparnis von bis zu 2500 Mark im Jahr rechnen. Arbeitnehmer mit einem Einkommen von mehr als 55 000 Mark (Verheiratete 110 000 Mark) profitieren von dem neuen Steuerrecht überhaupt nicht.

Auch Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöhte das Parlament. Von Januar 1996 an beträgt das Kindergeld für die ersten beiden Sprößlinge 200 Mark. Für das dritte Kind gibt's 300, für alle weiteren 350 Mark. Das bringt den Familien über sechs Milliarden Mark.



Minister Waigel*: Sechs Milliarden für Familien

Die Summen klingen gewaltig, doch die Zusatzkaufkraft wird keinen furiosen Konsumrausch verursachen. Höhere Sozialabgaben fressen einen beachtlichen Teil des Steuergeschenks wieder auf. Einer Familie mit zwei Kindern, Haushaltseinkommen 5000 Mark, bleiben am Ende 168,70 Mark pro Monat mehr (siehe Grafik). Ob das Geld verkonsumiert oder gespart

wird, vermag niemand zu sagen. Für die Konjunktur aber ist das die entscheidende Frage.

1996 will die Regierung einen zweiten Anlauf zur vorerst gescheiterten Unternehmenssteuerreform machen. Offiziell steht weiterhin die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine deutliche Senkung der Gewerbebeitragssteuer auf der Agenda.

Sechs Milliarden Mark will Waigel den Unternehmen hierdurch für Investitionen lassen. Die Gemeinden sollen durch eine Beteiligung an der Umsatzsteuer zu Lasten von Bund und Ländern für diesen Verlust entschädigt werden.

Bund und Länder wiederum sollen sich durch ungünstigere Abschreibungsbedingungen der Firmen refinanzieren.

Dann hätten die Unternehmen ihre Steuererleichterung an der einen Stelle durch Mehraufwendungen an anderer Stelle zu bezahlen – kein überzeugender Wachstumsanreiz.

Ob er kommt, ist fraglich. Die SPD will im Bundesrat ihre Zustimmung verweigern. Den Wegfall der Gewerbesteuer würde sie wahrscheinlich noch hinnehmen, wenn Waigel dafür die Gewerbebeitragssteuer als Einnahmequelle der Gemeinden im Grundgesetz auf Dauer absichern würde. Um überhaupt etwas zustande zu bringen, wäre der Bayer dazu bereit. Aber der Koalitionspartner blockt.

Die Liberalen klammern sich in ihrer Existenzangst an die Hoffnung, als „Steuersenkungspartei“ überleben zu können. Bis zu den Landtagswahlen am 24. März werden sie auf keinen Fall zulassen, daß die Koalition ihr Ziel, auch die Gewerbebeitragssteuer stufenweise abzuschaffen, offiziell aufgibt. Deshalb wird wahrscheinlich gar nichts geschehen.

Geschmärlerte Wohltat Steuer- und Abgabenänderungen 1996		
alte Bundesländer		
monatliches Bruttoeinkommen 4700 Mark		
Familie mit zwei Kindern	Ehepaar ohne Kinder	Alleinstehender
steuerliche Entlastung und Kindergelderhöhung 211,00 Mark	steuerliche Entlastung 125,00 Mark	steuerliche Entlastung 1,60 Mark
Sozialabgabenerhöhung* 42,30 Mark	Sozialabgabenerhöhung* 42,30 Mark	Sozialabgabenerhöhung* 42,30 Mark
*inklusive des ab Juli 1996 erhöhten Pflegeversicherungssatzes		
Entlastung 168,70 Mark	Entlastung 82,70 Mark	Belastung 40,70 Mark

* Mit Ehefrau Irene und und Sohn Konstantin Theodor.

Bewegung aber gibt es bei den Wohlhabenden. Waigel will die Vermögensteuer abschaffen; sie wird das Jahr 1996 nicht überleben. Auch hier zwingt das Bundesverfassungsgericht Waigel zum Handeln. Karlsruhe erklärte die Methode, nach der die Höhe der Abgabe festgelegt wird, für grundgesetzwidrig.

Weil sich aber keine andere Methode mit vertretbarem bürokratischen Aufwand finden läßt, wird der Finanzminister mit seinem Plan, die Steuer ganz abzuschaffen, wohl auch bei den SPD-Ländern durchkommen.

Zwar müssen die Länder einen Einnahmeverlust von 8,5 Milliarden Mark verkraften. Aber die Einbuße der Länder ist nicht so hoch, wie es scheint. Das Eintreiben der Vermögensteuer ist sehr aufwendig. Ein Viertel des Ertrages schluckt die Bürokratie. Außerdem würden die Einnahmen wegen der von den Karlsruher Richtern verordneten hohen Freibeträge ohnehin sinken. Netto bleibt den Ländern ein Schwund von etwa drei Milliarden.

Den möchten sie durch eine kräftige Anhebung der Erbschaftsteuersätze wettmachen. Davon will jedoch Hansgeorg Hauser, Staatssekretär im Finanzministerium, nichts wissen: Die Regierung plant eine „maßvolle Anhebung“ der Erbschaftsteuer. Auch bei dieser Steuer müssen die Freibeträge geliftet werden – auf die Höhe des Wertes eines durchschnittlichen Einfamilienhauses. Der Mehrertrag höherer Steuersätze deckt gerade mal den Ausfall durch die höheren Freibeträge.

Eine Mehrwertsteuer-Erhöhung jedoch, versichert Hauser, werde Waigel auf keinen Fall mitmachen. Sie wäre angesichts der labilen Konjunktur doppelt riskant: Können die Unternehmen die Steuern über höhere Preise an die Käufer weitergeben, ist die Konsumlaune dahin. Gelingt das wegen flauer Nachfrage nicht, droht knapp kalkulierenden Mittelständlern mit geringer Gewinnspanne die Pleite.

Was aber passiert, wenn die Steuerrechtsänderungen des nächsten Jahres zwangsläufig wieder beim Vermittlungsausschuß von Bund und Ländern landen? Wenn die Lohnnebenkosten gesenkt und beispielsweise der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gekappt werden soll, muß das Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Umschulungen woanders zusammengekratzt werden.

Am Ende könnte ein Loch bleiben, das nur durch einen oder zwei Mehrwertsteuerpunkte gestopft werden kann.

Marktwirtschaft werden laut, nicht nur in Deutschland. „Haben wir uns auf dem Weg in die Zukunft, auf dem wir unbedingt die ersten sein wollten, verirrt?“ fragt der britische Sozialphilosoph Charles Handy.

Selbst die Kohl-Regierung, angetreten mit dem optimistischen Slogan „Leistung muß sich lohnen“, ist offenbar von tiefer Ratlosigkeit befallen. In ihrem noch unveröffentlichten Entwurf zum Jahreswirtschaftsbericht 1996 stellt sie ernüchtert fest:

„Offenbar sind die Wirtschaftssysteme der westlichen Industrieländer unter den Bedingungen globalisierter Märkte immer weniger in der Lage, einen ausreichend hohen Beschäftigungsstand zu gewährleisten.“

Vor allem die neue Mittelschicht, ausgestattet mit Qualifikation, nicht mit Kapital, reagiert zunehmend nervös. Facharbeiter, Angestellte und Manager beobachten aufmerksam, daß der große Kehraus auch an ihresgleichen nicht spurlos vorbeigeht. *Time*-Essayistin und Buchautorin Barbara Ehrenreich hat in den Wohlstandsmetropolen eine „Angst vor dem Absturz“ registriert.

Der Ton aus den Chefzentralen der Wirtschaft wird rüder. Auf die Befindlichkeit der Deutschen nimmt eine international agierende Wirtschaftselite immer weniger Rücksicht. Kühl verweisen die Firmenbosse, bedrängt von der Konkurrenz, auf die besseren Bedingungen im Ausland.

Die Arbeitsstunde in Singapur, Südkorea und Taiwan kostet eben nur zwischen 7,50 und 10 Mark. In Malaysia, wo Siemens eine Chipfabrik betreibt, sind die Menschen – noch jedenfalls – mit weniger als 3 Mark zufrieden.

In Deutschland dagegen müssen die Arbeitgeber fast 50 Mark pro Kopf und Stunde zahlen – das ist Weltrekord. Zusätzlich machen bürokratische Regelungen das Wirtschaften schwer: Die Genforscher warteten anfangs jahrelang auf Genehmigungen, die Chemie fühlt sich von der Debatte um Ökosteuern bedroht, die Mittelständler glauben mittlerweile, daß Gewerbeamt, Finanzamt und Arbeitsamt nur geschaffen wurden, um sie zu quälen.

Jahrelang haben Wirtschaft und Politik über den „Standort Deutschland“ debattiert – und nichts ist passiert. Von Wahl zu Wahl wurden sie vertröstet. Das Gezerre um den Ladenschluß geriet den Bonnern zur Posse. Nun sind die Chefs sauer.

Ausgerechnet dem ewigen CDU-Kanzler Helmut Kohl wirft Helmut Becker, Präsident des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft,

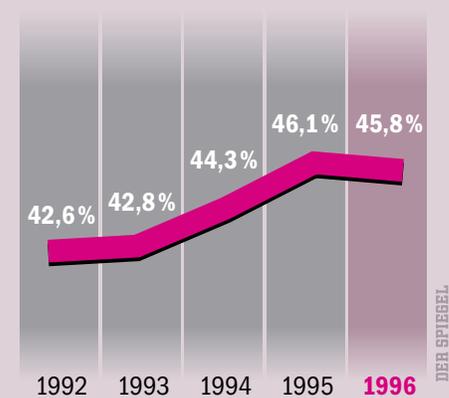
„Sprechblasen“ und „Flickschustereien“ vor. Deutsche-Bank-Vorstand Ulrich Cartellieri vermißt „politische Führung“.

Tyll Necker, einst Chef, jetzt Vize beim Bundesverband der Deutschen Industrie, attestiert dem Kanzler fehlendes Gespür gleich für alle Wirtschaftsthemen – eine Kampfansage. So deutlich hat noch kein Wirtschaftsführer seinen Unmut geäußert.

Die Regierung, einer der „wenigen nicht mobilen Faktoren“ (Berger), bekommt das neue Selbstbewußtsein der Firmenchefs zu spüren. Nach erfolgreicher Sanierung ihrer Unternehmen trumpfen sie auf, verlangen, lauter und aggressiver als zuvor, vom Staat jene Dienstleistung, die asiatische Regierung

Kaum Entlastung

Durchschnittliche Steuerbelastung* der Arbeitnehmer in Prozent des Bruttolohns



*Lohnsteuer, Sozialabgaben und indirekte Steuern

gen so erfolgreich ihren Firmen gewähren:

Hilfen bei der Ausbildung, beim Export, bei der Standortsuche und Erleichterung bei den Steuern sowieso. „Der Countdown läuft“, drängt McKinsey-Chef Herbert Henzler die Politiker zur Eile.

Die Lohnnebenkosten, im wesentlichen die Beiträge der Arbeitgeber zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, drohen schon heute die Produktivität zu erdrosseln. 1996 wird der Preis für die Alterssicherung, für Pflege- und Krankheitsvorsorge noch mal höher ausfallen.

Insgesamt steigen die Beiträge zu den Sozialkassen erstmals auf über 41 Prozent des Bruttolohns. Die Hälfte davon zahlen die Arbeitgeber. Ihr Widerwillen wächst.

Der Beitrag für die Rente klettert von 18,6 auf 19,2 Prozent und ist auch dann noch knapp kalkuliert. Die Gesundheit wird ungeachtet aller Reformanstrengungen mindestens einen halben Prozentpunkt teurer. Der Beitrag zur Pfl-